

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für 6 Monate 12,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Einwirkung des Reichs für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Möglichst baldmöglichst, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion: Expedition und Verlag: Berlin C 2, Dritte Straße 60.

Die achtzehnjährigen Kampfbundmitglieder oder deren Namen kostet 6,- M. einschließlich Kreuzungsgeld. Kleine Anzeigen: Das Feuilleton kostet 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kreuzungsgeld. Postfreie Anzeigen laut Tarif, Feuilleton-Anzeigen und Berlin-Beilage 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Monatsheften das Feuilleton kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4835, 4849, 4921

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Peitsche der Agrarier

Teureres Brot und längere Arbeitszeit

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ hat der bayerische Bauernführer Dr. Heim in mehreren Verammlungen des Bauernvereins ausgesprochen, daß eine Verdoppelung des Brotpreises eintreten werde, weil die Inlandsvorräte die Bedürfnisse nicht decken und wir sehr bald aus dem Auslande Getreide beziehen müßten. Er stellte ferner die Forderung auf, daß länger als acht Stunden gearbeitet werden müsse, daß man gegen das Strecken einschreiten und den Hauszern die Peitsche geben solle, wenn es besser werden. Der Sozialisierung der Landwirtschaft kündigt er den schärfsten Kampf an. Bayern müsse seine Einwohnerwehr behalten, General Koller habe von bayerischen Verhältnissen keine Ahnung.

Diese Offenherzigkeiten des Dr. Heim sagen der Arbeiterschaft deutlich, was ihr harzt, wenn sie die Reaktion widerstandslos gewähren läßt. Es ist Tatsache, daß die Agrarier mit ihren Getreidelieferungen bewußt zurückhalten, weil sie die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft, und damit die Erhöhung der Getreidepreise zu wünschenswerter Höhe, durchsetzen wollen. Es ist Tatsache, daß riesige Mengen von Getreide der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen, in den Schleichhandel oder über die Grenzen gebracht werden. Wenn die Agrarier ihre Pflicht gegenüber den Verdauenden erfüllen würden, so wäre die Verdoppelung oder gar Verdreifachung des heutigen Brotpreises nicht nötig. Aber die Sorge um das eigene Portemonnaie steht ihnen höher als das Gemeinwohl.

Wenn schon die Peitsche Anwendung finden soll, so müßte sie nicht gegen die „lausenden Arbeiter“ geschwungen werden, sondern gegen die Kreise der Bourgeoisie, die die Arbeiterklasse bis aufs Hemd auswuchern und ausplündern!

Bewegte Szenen in Italien

Sturm in und außer der Kammer

Die die Agentur „Stefani“ aus Bologna meldet, wurden die sozialistischen Abgeordneten Nicolai und Bentini, welche die wegen der in Castellmagliore verübten Gewalttätigkeiten angeklagten Sozialisten verteidigt hatten, beim Verlassen des Gerichtssaales vom Pöbel umringt. Nicolai wurde verwundet, Bentini konnte sich mit Hilfe der Polizei retten.

Als in der Kammer die Nachricht von diesem Vorfall eintraf, erhoben die Sozialisten Protest. Es kam zu einer Schlägerei mit den anderen Abgeordneten. Giolitti verzichtete, die Regierung bedauere die Vorfälle in Bologna und werde alles tun, um die Unruhen zum Stillstand zu bringen. Die

Kammer ernannte eine Untersuchungskommission, die sich nach Bologna begeben wird.

Auch die Kriegsbeschädigten hatten sich am Sonnabend vor dem Parlamentsgebäude in Rom zu Tausenden versammelt und die Erhöhung ihrer unzureichenden Renten gefordert. Die erregte Menge durchbrach den Polizeikordon und drang bis zum Eingang des Parlaments vor, gegen das sie einen Steinhagel richtete. Inzwischen hatte Giolitti einen Gesetzentwurf zugunsten der Kriegsbeschädigten und Kriegsrentner eingebracht. Als eine Kommission dieses Demonstrationen mittelste, beruhigten sie sich und gingen auseinander.

Konstantin in Athen

Athen, 20. Dezember.

König Konstantin ist gestern vormittag hier eingetroffen. Er begab sich unter unbefriedigendem Jubel der Bevölkerung zunächst zur Kathedrale und dann in den königlichen Palast.

Keine Abberufung der Ententegeandten

„Echo de Paris“ stellt fest, daß an dem Widerstand der italienischen Regierung der Plan gescheitert ist, die Gesandten Frankreichs, Englands und Italiens in dem Augenblick aus Athen abzuberufen, in dem König Konstantin dort seinen Einzug hält.

Das teure Syrien

Der Finanzausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat am Sonnabend, wie Wolff aus Paris berichtet, mit Bezug auf die Politik Frankreichs in Syrien und Cilicien eine Tagesordnung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Sorge, Frankreich seine Handlungsfreiheit für die Verteidigung seiner Grenzen und für die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles zu erhalten, es notwendig mache, in weitestem Maße und in einer möglichst kurzen Frist die Opfer, die die Politik in Syrien und Cilicien Frankreich auferlege, herabzulegen. „Matin“ meint, diese Tagesordnung mißbillige zwar die Regierungspolitik im Orient nicht, aber sie beruhe doch auf einer scharfen Kritik, die die Ausschussmitglieder an ihr geübt haben.

Der „Matin“ hat recht, wenn es ihm auch schwer fällt, das zu konstatieren. Der Raub der Beute ist um vieles leichter als die Erfüllung der Verpflichtungen, die aus ihm erwachsen. Das dicke Ende kommt immer hinterher.

es begrüßt ausdrücklich die Spaltung der schweizerischen Partei und fordert die abgespaltene Minderheit auf, sich mit dem völlig bedeutungslosen Häuflein der schweizerischen Kommunisten zu einer kommunistischen Partei zu vereinigen. Damit wird erneut die Richtigkeit unserer Feststellung erwiesen, daß die ganze Aktion der Moskauer Internationale lediglich darauf hinausläuft, den schwindelhaften kommunistischen Parteien und Gruppen der einzelnen Länder durch Spaltung der sozialistischen Parteien das fehlende Menschennaterial zuzuführen. Und was gegenüber den politischen Parteien im Gange ist, wird gegenüber den Gewerkschaften in die Wege geleitet. Das Moskauer Exekutivkomitee kann tatsächlich für sich das Recht in Anspruch nehmen, der Totengräber der proletarischen Internationale genannt zu werden.

Partei spaltung in Belgien

Paris, 19. Dezember.

Wie dem „Tempo“ aus Brüssel mitgeteilt wird, hat sich eine Spaltung der belgischen sozialdemokratischen Partei vollzogen. Das Organ der Minderheit der belgischen Sozialdemokratie, „L'Exploite“, veröffentlicht heute vormittag eine gemeinsame Erklärung der Führer der Minderheit, in der gesagt wird, sie seien in Folge des Beschlusses des am letzten Sonntag abgehaltenen Parteitag gezwungen, aus der belgischen Arbeiterpartei auszutreten. Es sei nicht angängig, einem großen Teil der belgischen Sozialisten die Handlung- und Gedankenfreiheit zu nehmen, wie es der Beschluß des letzten Parteitages vorsehe.

Der Sieg liegt in unserer Hand!

In den Berliner Luxushotels hat man am Sonntag wieder das eine Woche lang entbehrt lustige Klappern der Eßgeräte gehört, und sicherlich ist auf den Sieg der Hotelbesitzer über die Justiz manches Sektglas geleert worden. Ohne Zweifel haben sich Wirte und Gäste in bester Stimmung befunden, denn wenn ein Teil der Bourgeoisie einen Vorteil errungen hat, so nimmt gleich die ganze Bourgeoisie freudigen Anteil daran. Es ist bezeichnend für den Stand unseres öffentlichen Lebens, daß die offene Auflehnung gegen die Justiz die Unterstützung des gesamten Bürgertums und ihrer Presse gefunden hat, und daß die Aktionen der Hoteliers in den bürgerlichen Kreisen mit lebhafter Genußnahme begrüßt worden sind. Der Kampf im Hotelgewerbe ist auch erst abgebrochen worden, nachdem den Hoteliers zugesichert worden war, daß sie von nun an mit sanfterer Hand angefaßt werden sollten.

Man vergleiche damit die Stellung der öffentlichen Gewalten und der bürgerlichen Presse gegenüber der Arbeiterschaft, wenn diese es sich belommen läßt, zur Abwehr der schlimmsten Ausbeutung oder zur Erhaltung auch nur der geringsten Lebensnotwendigkeiten in Aktion zu treten. Staatsanwaltschaft, Gerichte, Ausnahmegegebung, alles wird sofort gegen das Proletariat mobil gemacht. Für die Arbeiterklasse soll die bürgerliche Justiz, soll die bürgerliche Ordnung ein unantastbares Heiligtum bleiben; die Angehörigen der besitzenden Klassen aber kümmern sich um diese Ordnung nur soweit, als sie ihren eigensüchtigen Interessen entspricht.

Vielleicht hat man gestern an den wieder reichbesetzten Tischen der Berliner Schlemmerhotels auch der guten Richter von Kassel gedacht, die an den braven Korpsstudenten von Marburg keine Schuld finden konnten. 15 Arbeiter modern nun in ihren Gräbern, auf der Flucht erschossen nach allen Regeln der bürgerlichen Ordnungsretterei. Und die ihnen die mörderischen Kugeln nachsandten, gelten jetzt als Helden. Sie werden in einigen Jahren von der Kanzel oder vom Richterstuhl herab der Menge Moral, Recht und alle Tugenden des Klassenstaates lehren. Derselben Menge, die von Unterernährung und Wohnungsnot, von Arbeitslosigkeit und Krankheit heimgeführt wird, deren Kinder körperlich und geistig zugrunde gehen, die ihre Blüten mit Lumpen bedecken muß, deren Hausstand verfällt, weil das Einkommen noch nicht einmal zur Deckung des notwendigen Nahrungsbedarfs ausreicht. Derselben Menge, der die Agrarier jetzt die Getreidelieferungen sperren, weil ihnen der Staat nicht die ungeheuerlichen Wuchererträge zugestehen will.

Die Bourgeoisie hat allen Grund zur Freude und Befriedigung. Die Gewinne ihrer Unternehmungen haben eine schwindelnde Höhe erreicht. Die Geldwertverwertung, die die arbeitende Klasse ins Hungerdasein schleudert, dient den besitzenden Kreisen zum Vorwand, um die Ertragnisse aller Unternehmungen auf ein vielfaches ihres Friedensstandes zu steigern. Die Aktiengesellschaften können den Gewinnlegen kaum bergen. Ungeheure Dividenden werden verteilt, daneben erhalten die Aktionäre noch besondere Gewinne in Form von Gratis- oder Part-Aktien, von besonderer Vergütung, von Sonderrücklagen und Sonderabschreibungen.

Wirtschaftlich und politisch geht es der Bourgeoisie zurzeit glänzend. Die Staatswirtschaft freilich steht inmitten des Bankrotts und die politische Verfassung des Landes fällt der Verfaulung anheim. Aber die Bourgeoisie läßt das fast, wenn nur ihr eigener Reiz blüht. Der Staat hält sich nur noch aufrecht, weil ihn die werktätige Bevölkerung erhält. In Form der indirekten Steuern und des Lohnabzuges fließen dem Reich die Mittel zu, deren es zur Fröhenhüter nadden Existenz bedarf. Der Besitz hat bisher nur wenig zur Erhaltung des Staatslebens beigetragen und es besteht nur geringe Aussicht, daß es damit in der nächsten Zeit besser werden wird. Insbesondere das Reichsnotopfer hat jetzt eine Form bekommen, daß die Bourgeoisie mit ihm durchaus zufrieden sein kann.

In Bayern ist die Orgesch Trumpf. Dort hat sich die Gegenrevolution bereits eine gesicherte Heimstätte bereitet. Von Bayern aus wird die Wiederherstellung der alten politischen Verhältnisse mit aller Macht betrieben. Die Fäden spinnen sich nicht nur über das ganze Reich, sie gehen nach Oesterreich, nach Ungarn, überall hin, wo die Reaktion ihren Boden schon vorbereitet glaubt. Auch in Ostpreußen und in den anderen gequemateten Gefilden des Ostbierstums führt sich die Gegenrevolution als Herrin der Lage. Großgrundbesitz, Militarismus und Bürokratie arbeiten Hand in Hand, um ihre Ziele zu erreichen. Auch der Reichstag wird, wie der Vorstoß der bayerischen Orgesch-Leute in der letzten Reichstagsfassung bewies, in den Dienst der bayerischen Konterrevolution gestellt.

Das sind Tatsachen, die jedem Arbeiter geläufig sind. Sie brachten die Arbeiterklasse nicht zu schrecken, wenn sie ent-

Die Totengräber der Internationale

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß das famose Exekutivkomitee der 3. Internationale, entgegen seinen langgeheften anderslautenden Versicherungen, nichts weiter ist, als ein Instrument der bewußten Spaltung und Zerstückelung der sozialistischen Parteien aller Länder, so wird dieser Beweis durch ein Telegramm erbracht, das uns durch die offizielle russische Telegraphenagentur („Rosta“) aus Riga übermittelt wird. Das Telegramm lautet:

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale sendet seinen brüderlichen Gruß den Genossen, welche den Kongreß verließen, auf dem die schweizerischen Kautskyaner und Scheidemänner das Übergewicht erzielten. Ungeachtet der schlauen Kunststücke der Gruppe Grimm und gegen Robats hat Ihr auf dem Kongreß 213 Stimmen gegen 350 erlangt. Das ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein sensationeller Erfolg. Wir richten an Euch die Bitte, sich möglichst rasch mit der schweizerischen kommunistischen Partei zu vereinigen und dadurch gegen die Sozialverräter und Zentrumsleute eine Einheitsfront zu bilden. Nach und nach werden sich alle selbstbewußten Arbeiter der Schweiz anschließen. Es lebe die Vereinigte kommunistische Partei der Schweiz!

Das kommunistische Exekutivkomitee bringt es nicht nur fertig, unsere schweizerischen Genossen, die sich schon vor längerer Zeit von den rechtsstehenden „Grünländern“ getrennt und sich jetzt in ihrem Programm auf den Boden der Diktatur des Proletariats und des Rätestystems gestellt haben, als „Scheidemänner“ und „Sozialverräter“ zu beschimpfen,

Metallarbeiter Berlins!

Nützt die letzten Stunden der Wahl aus! Stimmt für die Liste Ziska-Urich!

hlossen wäre, den Kampf mit den gegenrevolutionären Ge-
halten aufzunehmen und mit den ungeheuren Kräften durch-
zuführen, die dem Proletariat zur Verfügung stehen. Aber
der gewichtigste Aktiposten in der Rechnung der
Bewegungsrevolution ist die Tatsache, daß ein Teil der Arbeiter-
schaft, betört durch revolutionär klingende Parolen, nicht den
Kampf gegen den wirklichen Feind, die Bourgeoisie, sondern
gegen die eigenen Klassenangehörigen führt.
Während im kapitalistischen Bürgertum alle politischen und
konfessionellen Grenzen fallen, damit die Einheitsfront
gegenüber der Arbeiterklasse hergestellt werde, tobt in den
Reihen des Proletariats seit Monaten ein heftiger Kampf
um die Neuausrichtung von Grenzwällen, nicht nach außen
gegen den gemeinsamen Feind, sondern im eigenen Lager.
Während die bürgerlichen Organisationen immer stärker
werden, zerstören die Arbeiter in unermüdlichem Fleiße ihre
eigenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Und doch steht eine Tatsache fest: daß der Kampf gegen
die Bourgeoisie nur gewagt und gewonnen werden kann und
der Sozialismus, die Sehnsucht der ausgebeuteten und ver-
stümmelten Millionen, nur zu verwirklichen ist, wenn das revo-
lutionäre Proletariat als Klasse zusammensteht, den
Blick auf das eine Ziel gerichtet. Nicht die Stärke der
Bourgeoisie garantiert ihr die Fortdauer der Klassenjustiz
das Bestehen des Klassenstaats, die Erhaltung der kapita-
listischen Wirtschaft, sondern nur die Schwäche der Ar-
beiterklasse. Fünfundzwanzig Jahre sind es her, daß
Wilhelm Liebknecht, auf dem Parteitag zu Breslau,
ausrief: „Für uns ist die Logik der Tatsachen, die über der
Kraft jedes Menschen steht und habe er Millionen von Bato-
netten. Der Kampf schreit uns nicht! Je wilder, je heftiger
der Kampf geführt wird, desto kürzer ist er, desto rascher ver-
läuft er. Daß wir siegen, das wissen wir. Der Sieg
liegt in unserer Hand, wenn wir nicht selbst
uns preisgeben!“

Dieses Wort gilt noch heute, und es gilt heute mehr als
vor fünfundzwanzig Jahren!

Optimismus in Brüssel

Nach den Berichten über die Brüsseler Sachverständigen-
konferenz, sowohl der ententistischen als der deutschen, zu
schließen, bemüht man sich, sachlich und eingehend zu verhandeln.
Man darf allerdings die mehr oder minder guten gegenseitigen
Angangsformen nicht überschätzen. Sie mildern selbstverständlich
nicht die großen finanziellen Schwierigkeiten, für deren Bewältigung
in Brüssel ein gangbarer Weg gefunden werden soll.

Der Berichterstatter der Agentur Havas-Reuters schreibt über
die Sitzung vom Sonnabend: Die Deutschen haben jetzt ihre Er-
klärungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutsch-
lands zu Ende geführt, die umso länger waren, als die Schwierig-
keiten, die vorliegen, sehr verwickelt sind. Darüber herrscht allge-
meine Einigkeit. Das Terrain ist heute gewissermaßen vollständig
eingeseigt worden. Der erste persönliche Kontakt
hat zwischen den beauftragten Delegierten bereits stattgefunden,
und es scheint, daß das Ergebnis dieser Besprechungen einen
durchaus günstigen Eindruck macht. Weiter wird gemeldet,
der Eindruck in Konferenzkreisen sei offensichtlich gut. Der
heutige Tag bedeute tatsächlich den ersten Schritt auf dem
Weg zu Lösungen, die zweifellos nicht ohne Schwierig-
keiten werden erreicht werden können, deren tatsächliche Auf-
findung aber nicht mehr unmöglich sei.

Die gemeinschaftliche Prüfung der Frage

Von den aus der Mitte der alliierten Delegierten bestimmten
Persönlichkeiten, die sich mit den deutschen Delegierten zum Zwecke
der Prüfung einzelner Reparationsfragen in Verbindung
setzen sollen, sind der Führer der französischen Delegation Sey-
doux mit der Behandlung der Reparation in natura und der
Führer der englischen Delegation Lord d'Abernon mit der
Besprechung der Darlehen betraut worden.

Der Bericht besagt weiter, daß die Vorschläge und Anregungen
des Staatssekretärs Bergmann zum Teil bereits grundsätz-
liche Billigung der Alliierten gefunden haben, während
andere von vornherein verworfen worden sein sollen. Die
Hauptzahl der Vorschläge steht noch zur Besprechung. So haben
zum Beispiel die Alliierten wegen der von deutscher Seite vorge-

Wallensteins Tod

Aufführung in der Volksbühne

Die Volksbühne hatte am Sonnabend mit „Wallsteins Tod“
den erhofften Erfolg. Nach dem dritten und fünften Akt, den
dichterisch stärksten, löste sich die Spannung in großem Beifall aus.
Schillers Drama hatte wieder durch seine eiserne Form, seine thea-
tralische Schlagkraft und sein unerschütterbares Pathos gesiegt. Der
Erfolg hatte der Wahl des Stüdes recht gegeben. Die Volks-
bühne hat für den Winter ein klassisches Stück und eine Rolle für
Kanzler.

Goethe sagte von „Wallenstein“, „daß in seiner Art zum zweiten
Mal nicht etwas Ähnliches vorhanden ist“. Trotzdem konnte schon
Goethe die Fehler des Stüdes und Schillers Fehler überhaupt.
Abgesehen von diesen, zum Teil vernichtenden Aeußerungen über
ihn, hat Goethe selbst dieses berühmte Lob gehörig eingeschränkt.
Denn er meinte, daß die beiden gewaltigen Hissen, mit denen
Schiller gearbeitet hat, die Geschichte und die Philosophie, dem
Werte im Wege seien. In welchem Maße, das konnte freilich
auch ein Goethe damals noch nicht übersehen. Uns ist der Fall
so wichtig, daß wir ihn kurz darstellen wollen.

Schiller kam vom „Don Carlos“ zu „Wallenstein“, das
heißt, vom Freiheitskrieg der Niederlande gegen Habsburg zu
dem dreißigjährigen Krieg, den Habsburg gegen und in ganz
Deutschland um seiner Hausmacht willen führte. Aus dem nieder-
ländischen Zustand stieg für Schiller Marquis Vasa als Freiheits-
held empor. Aus dem dreißigjährigen Krieg sollte Wallenstein in
gleicher Rolle hervorgehen. So wenig man es dem Stück und der
Figur noch anmerkt: Wallenstein war als zweiter Marquis
Vasa geplant. Nicht mehr ein Marquis Vasa der Rede, sondern
ein Marquis Vasa der Tat. Wohl sollte er der geschichtlichen und
tragischen Wahrheit entsprechend untergehen, aber nicht als „Ver-
räter“ wie jetzt, sondern als Held, der eine gewaltige revolutionä-
re Idee durchzuführen wollte und an ihr scheiterte, weil die Zeit
dafür noch nicht reif war.

Schiller hat Wallsteins Idee tief erkannt. In seiner Geschichte
des dreißigjährigen Krieges ist Wallenstein ein Mann von ganz
anderem Wuchs als im Drama. Er stirbt dort nicht als „Ver-
räter“, sondern als ein Opfer der Jesuiten und des Hauses
Habsburg. Wohl ist die persönliche Idee Wallsteins hier noch
nicht ganz ausgeführt, aber Schiller war als Revolutionär (und
als Dichter des „Carlos“) auf dem besten Wege, sie dichterisch zu
ergänzen und zu vollenden.

Wallenstein hätte danach nicht als ehrgeiziger „Rebell“ mit
dem Feinde verhandelt, sondern um den unseligen Krieg zu be-
endigen. Er strebte nicht einen beliedigen Frieden an, sondern

brachten Ziffer der Besatzungskosten beschlossen, bei
ihren Regierungen darüber Erkundigungen einzuholen, damit sie
mit den deutschen Angaben verglichen werden können.

Schluß der Völkerbundstagung

Die Völkerbundsversammlung hat am Sonn-
abend ihre Sitzungen abgeschlossen, nachdem sie noch
den Rest der Anträge und Kommissionsberichte angenommen
hat. Präsident Hymans dankte der Schweiz und der
Stadt Genf für ihre Gastlichkeit sowie allen Beamten des
Völkerbundes für ihre Dienste und rühmte vor allem den
Grundsatz der Gleichheit zwischen allen
Staaten. Der Völkerbund werde sich durch die Steptiler
und Verächter nicht irre machen lassen. Präsident Motta
gedachte der Zukunftsaufgaben des Völkerbundes. Er
nannte dabei die Beruhigung der Geister, die Versöhnung
der Herzen, die Annäherung der Völker und schloß mit einem
Hinweis auf das kommende Weihnachtsfest, dessen Ver-
wirklichung sich erfüllen möge: Friede auf Erden und allen
Menschen ein Wohlgefallen.

Die schönen Schlußreden täuschen nicht hinweg über das
merkliche Fiasco, das Genf hinterläßt. Der Grundsatz
der Gleichheit aller Staaten bezieht sich doch nur
auf den Entente Staatenbund, in dem die Gleichheit
aber auch nur so zu verstehen ist, daß die kleineren Staaten
einfach die Trabanten Frankreichs und Englands sind. Im
andern Falle müssen sie abtreten, wie es Argentinien
getan hat. In keiner der großen Fragen: des internationalen
Schiedsgerichts, der Abrüstung, der Mandate über die Schutz-
gebiete des Völkerbundes, ist es zu irgendwelcher Klarheit,
Geschweige denn zu positiven Beschlüssen gekommen. Jede
Erörterung dieser wichtigen Probleme ergab die Unmög-
lichkeit, im Rahmen der kapitalistischen und imperialistischen
Weltpolitik zu befriedigenden Lösungen im Sinne der Wohl-
fahrt aller Völker und Menschen zu gelangen.

In einer Beziehung hat die Völkerbundsversammlung
allerdings gute Arbeit geleistet. Sie hat der Welt bewiesen,
daß es nicht genügt, schöne Deklarationen zu verfassen, son-
dern, daß es darauf ankommt, die Kräfte zu erkennen, und
zu erfassen, die imstande sind, den Ideen einer überstaat-
lichen Organisation zur Wahrung des Weltfriedens zum
Durchbruch zu verhelfen. Diese Aufgabe kann nur das
Weltproletariat erfüllen, das mit der Überwindung
des Kapitalismus auch dessen Auswüchse, Militarismus und
Krieg, beseitigen wird.

Die Sorge um den guten Magen

Der „Vorwärts“ bringt eine Zuschrift aus der rechtssozia-
listischen Fraktion der preussischen Landesversammlung, die
uns zum Vorwurf macht, wir hätten „in demagogischer
Weise“ die Haltung ihrer Genossen angegriffen, weil sie im
Hauptauschuss für die Erhöhung der Besoldung
katholischer Geistlicher gestimmt hätten. Wenn
die Feststellung von Tatsachen „Demagogie“ sein soll, werden
wir noch recht oft in die Lage kommen müssen, uns „dema-
gogisch“ zu betätigen. In diesem besonderen Falle muß aber
die Zuschrift selbst eingestehen, daß wir mit unserer Kritik
vollkommen im Recht waren. Es wird dort folgendes be-
merkt:

Nach der Säkularisation hat der Preussische Staat mit der
Kurie im Jahre 1821 einen Vertrag geschlossen, wonach den
Bischöfen 12.000 Taler gezahlt werden sollen. Es ist aber in
Ausicht gestellt, daß diese Barleistungen durch Gewährung von
Grundbesitz abgelöst werden können. Dieser Grundbesitz ist
aber nie gewährt worden. Die Barleistungen wurden an die
Bischöfe bis 1906 gezahlt. Infolge der damaligen Entwertung des
Geldes wurde im Jahre 1906 beschlossen, widerwillig die Bei-
hilfen zu gewähren. Die Bischöfe behaupten nun, wenn der
damals versprochene Grundbesitz gewährt worden wäre, dann
hätten sie heute die Erhöhung nicht notwendig.

Durch die ungeheure Geldentwertung während der
letzten Jahre reicht nun die Bezüge nicht aus, da die Bischöfe
aus diesen Bezügen ihre Sekretäre, Reisekosten, die
Unterhaltung der Seminare, Gebäude usw. selbst
bezahlen müssen. Die neu erhöhten Bezüge sollen aber
ebenfalls widerrufen werden. Die Neben-
einnahmen werden eingerechnet. Bei der finanziellen Aus-

einen, der Deutschland in die Höhe führen sollte. So wie sein
großer Zeitgenosse, der französische Staatsmann Richelieu eine
weltliche Monarchie geschaffen hatte, die sich über den konfessionell
und wirtschaftlich zerfallenen kleinen Fürsten erhob (eine damals
große und fortschrittliche Tat), so wollte Wallenstein aus dem
Chaos des dreißigjährigen Krieges ein national geeintes über
den Konfessionen stehendes Deutschland hervorgehen lassen.
Wallenstein wollte den Krieg nicht militärisch zur Entscheidung
bringen, weil er die Unmöglichkeit, aber auch die Willkürigkeit
einer solchen Lösung erkannte. Weder war Habsburg imstande, die
protestantischen selbständigen Fürsten zu überwinden und damit
die Vorherrschaft in Deutschland, das heißt aber auch in Europa,
zu gewinnen, noch lag es im allgemeinen Interesse, wenn die
protestantischen Fürsten mit Frankreichs Hilfe gegen Österreich
regten und das Kriegsgeld zu einem dauernden Zustand machten.
Daher strebte Wallenstein eine nationale Monarchie an, in der
es keinen Krieg mehr zwischen den Religionen geben konnte.
Der Religionskrieg war ja doch nur ein ideologischer Schwindel,
hinter dem sich teils die habsburgischen, teils die reichsfürstlichen
Interessen versteckten. Diese Lösung gefiel aber niemand. Alle
Waren gegen Wallenstein: die Reichsfürsten, weil seine Idee eine
Stärkung des Kaisertums nach französischem Vorbild gebracht
hätte; der Kaiser, weil Wallenstein keinen Siegfrieden über die
Reichsfürsten wollte. Welche Parteien mißtrauten ihm aber auch,
weil sie die Größe seines Ziels nicht verstanden. Die Degenstiche
habsburgischer Mordmörder waren daher die einzige Lösung,
zu der Deutschland damals reif war.

Wir können hier nicht weiter auf diese Dinge eingehen. Ge-
nug — Schiller schloß den Konflikt auf einen rein theatralischen
Boden und schrieb das Drama wider besseres Wissen, nachdem er
sich vom Revolutionär zum gegenrevolutionären Klassiker ent-
wickelt hatte, den nicht mehr Wallsteins politische Idee inter-
essierte, sondern die ästhetische, Wallsteins Schicksal so darzu-
stellen, daß daraus eine „Tragedie“ nach griechischem Vorbild
werden konnte: der Held stirbt, nicht so sehr durch das, was er
tut, sondern durch die Uebermacht des Schicksals, in dem er
sich verstrickt und erwürgt.

So ist wohl ein Drama entstanden, das, besonders was die
Form betrifft, wirklich zum zweiten Mal nicht vorhanden ist —
aber da wir als Sozialisten keine ganz unpolitische Literatur
kennen, ist die revolutionäre Vorgeschichte des Wertes für uns
nicht minder bedeutend als das Theaterstück selbst.

Vor der Aufführung schien es ein Fehler, daß die Volksbühne
nur Wallsteins Tod spielt und das „Lager“ und die „Picco-
lomini“ wegläßt. Besonders in den „Piccolomini“ ist noch man-
ches von Wallsteins ursprünglicher Idee und von den menschlich-
habsburgischen Intrigen vorhanden. Nach der Aufführung

einandersehung zwischen Staat und Kirche kommen die
Beiträge nicht in Betracht. Die Leistungen des Staates an
die Kirche richten sich nach den rechtlichen Verpflichtungen, wie
am 11. August 1919 (Tag der Inkraftsetzung der Verfassung) be-
standen.

Diese ganze Darlegung kann nicht aus der Welt schaffen,
daß die Rechtssozialisten im Ausschuss für die Mehr-
besoldungen an die katholischen Bischöfe ge-
stimmt haben, womit sie nicht nur ihr eigenes Programm
verleihen, sondern das Interesse der ganzen Arbeiterklasse
schädigen. Die Kirche hat einen guten Magen, und die
Rechtssozialisten haben dafür gesorgt, daß dieser Magen sich
zum Schaden des Volkes noch mehr fülle.

Keine Phantasie, nur Verwechslung

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwert sich bitter
darüber, daß wir in unserer Sonnabend-Abendausgabe ein
Zitat über die Stellung zum Reichsrecht Freispruch über
unterschieden, obwohl sie nie etwas derartiges geschrieben
habe. Sie knüpft daran die Bemerkung, daß das Zitat wohl
nicht der Phantasie der „Freiheit“ entsprungen sei.
Offenbar ist der „Deutschen Tageszeitung“ der vollendete
Ignorismus der betreffenden Zeilen doch etwas unangenehm.
Aber das Leiborgan der Agrarier hätte nur bei seinem
Schwester von der Großindustrie, der „Post“, nachzusehen
brauchen, um sich zu überzeugen, daß dort die angezogenen
Stellen, die wir irrtümlich der „Deutschen Tageszeitung“ ge-
schrieben, niedergelegt sind.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat zwar, wie sie schreibt,
die „Deutsche Zeitung“ nachgelesen, da sie vermutete, daß
diese die betreffenden Zeilen geschrieben haben könnte. Sie
hat damit der deutschnationalen „Post“ bitter Unrecht getan,
die es doch sicher nicht verdient hat, in puncto Skrupellosig-
keit hinter die „Deutsche Zeitung“ zurückgestellt zu werden.

Die tägliche kommunistische Lüge

Die „Rote Fahne“ überhäuft uns wegen der Wiedergabe der
Rede Sinowjews auf der 5. Russischen Gewerkschaftskonferenz
mit Schmähungen, die selbst über das Maß der in diesem Blatte
üblichen Beschimpfungen hinausgehen. Es fällt uns nicht ein,
auf dieses Niveau hinabzustiegen, zumal wir genügend Verstand
für die peinliche Lage des kommunistischen Organs haben,
dessen Verschleierung und Täuschungspolitik
durch die offenherzige Rede Sinowjews zerstört worden ist. Wenn
aber die „Rote Fahne“ versucht, unseren Bericht als „mit plumpe
Fälschungen gespickt“ darzustellen und insbesondere erklärt, daß
der Satz Sinowjews „wir aber brauchen Leute, die Marx nicht
gelesen haben, usw.“ eine bewusste Fälschung sei, so fällt
es uns schwer, diese Handlungsweise mit einem parlamentarischen
Ausdruck zu bezeichnen. Wir erklären, daß die von uns wieder-
gegebenen Stellen aus der Rede Sinowjews die genaue
Uebersetzung des Wortlauts seiner Rede darstellen, die
Nr. 247 der „Ekonomicheskaja Schisn“ vom 4. November abge-
druckt ist. Die lächerliche Anschuldigung der „Roten Fahne“
und alle an unseren Artikel geknüpften Verdrehungen sind nicht
weiter als demagogische Wahnworte. Jeder ehrliche
Arbeiter muß sich mit Etel von diesen Leuten abwenden, die die
üblichsten Methoden des Reichslügenverbandes zur Bekämpfung der
Sozialdemokratie weit in den Schatten stellen.

Ungarn rüstet ab

Aus Budapest kommt die Meldung, daß das neue Kabinett
Teletki in Durchführung seines Programmpunktes „Sparmaß-
nahmen“ zunächst an die Reduktion der Armee gehen will.
Der ehemalige erste Sektionschef im Honvedministerium, Ge-
neral Belicska, sei bestimmt, diese Aufgabe durchzuführen.
Leicht wird der ungarischen Regierung diese Entscheidung
geworden sein, aber da es nun einmal am Rammon fehlt, bleibt
nichts anderes übrig. Im übrigen ist vom Beschluß zur
Führung noch ein weiter Weg. Die Sippschaft, die heute Ungarn
regiert, weiß ganz genau, daß ihr Terror nur möglich ist durch
den Militarismus, durch die Horthy-Banden, die in unver-
hältnismäßig großer Zahl das Land auslaugen. Sie wird sich
halb nicht übermäßig beilen.

konnte das als weise Beschneidung des Theaters in die vorhandene
Kräfte nur begrüßt werden. Selbst Wallsteins Tod kann
Theater nur zu einem Bruchteil besetzen.

Ein guter Wallenstein kann die ganze Aufführung tragen.
Kanzler ist nicht so plastisch, so kräftig wie sonst, aber
Wallenstein ist sehr gut. In seinem Spiel rollt das Schicksal
Mannes ab. Er hat Leben, Entwicklung. Er beginnt düster
grübelnd, unfähig zur Tat, ganz im Banne seiner Umgebung.
Aber als ein Mann, dem Großes zuzutauen ist. Und er ent-
innerlich ganz frei, gelöst, ein gefasener Großer, der am Ende
ist und dem wirklich nur noch der Tod bleibt. Dem Stern
glauben spielt er mit einer mystisch wirkenden Eindringlichkeit.
Selbst Jilo und Terzky schweigen respektvoll, wie vor einem
Heiligem.

Die Fehdmer ist seine Schwägerin. Sie hat eine schmelzende
klare Verehrtheit. Ihre aristokratische Würde spielt den
Mittenebene, der sie treibt, ganz von selbst. Daneben gab
noch drei weitere menschlich eigene Leistungen: Leopold
Nolani — ein fettglänzender Kumpan, der immer auf
Butterseite fällt. Herzfeld als Gordon, in dem sich schlichte
für den Kaiser und die Liebe zu Wallenstein rührend verbinden.
In der winzigen Rolle eines pappenheimischen Gefreiten fiel
Schulze durch charakteristischen Ton auf. Auch der jugendliche
Liebhaber Walter Reimer soll positieren. Ein Talent, noch
atademisch, aber mit Sprachkultur und Temperament. Was
andere war Theater, schlechtes Theater, nur geeignet, den
Schmuck der Massen für natürliche und wahr Kunst zu verderben.
Das muß nicht sein und das darf nicht sein. Am allerwenigsten
unter der Regie von Kanzler. Felix Stöffinger

Der Journalist

Von Iwan Turgenjew

Zwei Freunde sitzen am Tisch und trinken Tee. Mit einemmal
erhebt sich auf der Straße ein großer Lärm. Man hört Klagen
Stöhnen, jörnige Verwünschungen und schadenfrohe Lachsalen.
„Da prägeln sie jemand“, sagte einer der Freunde, indem er
Fenster hinausblitzte.

„Wohl einen Verbrecher? Einen Mörder?“ fragte der andere.
„Höre mal, wer es auch sein mag, wir dürfen solch willkürliche
Rechtsverfahren nicht zulassen. Komm, wir wollen ihn bestrafen.“

„Ein Mörder ist's aber nicht, den sie da prägeln.“

„Kein Mörder? Also ein Dieb? Das bleibt sich gleich, denn
wir wollen ihn dem Böbelhause entziehen.“

„Es ist auch kein Dieb.“

